

Daher fordern die Konzernbetriebsräte ...

- ✓ Enteignung des Volkes durch Privatisierung von Staatseigentum stoppen!
- ✓ ASFINAG und ÖBB dürfen nicht in die ÖIAG!
- ✓ Retten, was noch zu retten ist: vorhandene ÖIAG-Beteiligungen in die zuständigen Ministerien eingliedern (OMV, Post und Telekom)!
- ✓ Bekenntnis der Bundesregierung zu Straße und Bahn als systemrelevante Infrastrukturen zur Arbeitsplatz- und Standortsicherung!
- ✓ Sicherstellung einer Mobilitätsversorgung für alle BürgerInnen, auch im ländlichen Bereich!
- ✓ ASFINAG und ÖBB sowie andere Unternehmen, die der Grundversorgung der Bevölkerung dienen, müssen direkter demokratischer Kontrolle unterliegen!

Gemeinsame Forderungen umsetzen ...

- ✓ gemeinsame BetriebsrätInnenkonferenz von ASFINAG und ÖBB
- ✓ Informationsveranstaltungen
- ✓ öffentliche Protestaktionen
- ✓ Betriebsversammlungen
- ✓ Antrag auf Streikfreigabe an den ÖGB
- ✓ Streik



***ASFINAG und ÖBB dürfen
nicht in die ÖIAG!***

Milliardengrab ÖIAG: XXX-Lose Ausverkauf ...



- ✓ Privatisierung von Volkseigentum stoppen
- ✓ bis zu 1,8 Milliarden Euro Verlust für die SteuerzahlerInnen durch Teilverkäufe von OMV, Telekom Austria und Post (laut AK-Studie)
- ✓ Selbstbedienungsladen für Manager, Postenschacher und Freunderlwirtschaft
- ✓ Mehrfachstrukturen in der Verwaltung
- ✓ Vernichtung von Arbeitsplätzen
- ✓ ca. 7 Millionen Euro an jährlichem Personal- und Sachaufwand
- ✓ 15 ÖIAG-Vorstände und Aufsichtsräte bei 17 Angestellten
- ✓ ausländische Investoren spekulieren mit Österreichs Unternehmen

ÖIAG-Grab schließen, bevor es ASFINAG und ÖBB verschlingt! Sonst drohen ...

- ✓ Zerschlagung, Privatisierung und Ausverkauf der ASFINAG und ÖBB!
- ✓ Lohn- und Sozialdumping bis zum Arbeitsplatzverlust!
- ✓ Mehrgleisigkeiten und zusätzliche Schnittstellen sorgen für längere Entscheidungswege!
- ✓ Wildwuchs bei ÖIAG Vorstands- und Aufsichtsratsposten, Traumgagen und Abfertigungen für Manager auf Kosten der SteuerzahlerInnen!
- ✓ Ausländische Investoren und Spekulanten dominieren Betriebe, die den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen sollen!
- ✓ Bahn und Straße werden nur mehr dort gebaut, wo es sich für private Betreiber finanziell lohnt. Wo sich´s nicht rentiert, wird nicht gefahren!
- ✓ Bundesländern und BewohnerInnen ländlicher Regionen drohen massive Benachteiligungen durch ein eingeschränktes Versorgungsangebot!
- ✓ Gefährdung der Sicherung, des Ausbaus und der Erreichbarkeit hunderttausender Arbeitsplätze sowie Lehrstellen!
- ✓ Gefährdung der Zulieferwirtschaft (Bau, Metall, Elektronik, Informationstechnologie, Gastronomie, Dienstleistungen ...)

